Deutscher Bundestag **Drucksache 19/5904**

19. Wahlperiode 19.11.2018

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Otto Fricke, Christian Dürr, Renata Alt, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg, Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Ulla Ihnen, Dr. Christian Jung, Carina Konrad, Alexander Kulitz, Alexander Müller, Christian Sauter, Matthias Seestern-Pauly, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Andrew Ullmann, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 19/3400, 19/3402, 19/4624, 19/4625, 19/4626 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das von der Bundesregierung vorgelegte Haushaltsgesetz 2019 ist ein mut- und ideenloses Weiter-So. Nie hatte eine Bundesregierung mehr Geld zur Verfügung, als diese Koalition. Doch während die Wirtschaft brummt und die Steuereinnahmen sprudeln, verspielen Union und SPD leichtfertig die Chance, die Bürger gezielt zu entlasten, smarte Zukunftsinvestitionen anzustoßen und Deutschland ins digitale Zeitalter zu führen. Anstatt Deutschland bei diesen guten Rahmenbedingungen in die Zukunft zu führen, verpasst man eine so nicht wiederkehrende Chance.

Diese Koalition war von Beginn an nicht in der Lage, sich auf gemeinsame Ziele und Prioritäten zu einigen. Stattdessen verteilt sie weiterhin Steuergelder mit der Gießkanne und beschließt 2019 nochmals 12,8 Mrd. Euro mehr auszugeben als in diesem Jahr. Im Haushalt 2019 werden rund die Hälfte der Ausgaben auf Sozialausgaben entfallen, allein rund 40 Prozent der verfügbaren Mittel gehen an den Etat für Arbeit und Soziales. Anstatt dafür an anderer Stelle auch nur eine Subvention zum Ausgleich zu

streichen oder Ausgaben zu kürzen, wird mit dem Baukindergeld eine riesige Subvention wiederbelebt, die als Eigenheimzulage erst 2005 mühsam beseitigt wurde. Hier wird einem sehr begrenzen Teil der Bevölkerung ein kostspieliges Geschenk in Höhe von 9,8 Mrd. EUR gemacht, das die Probleme auf dem Immobilienmarkt nicht lösen wird.

Investitionen

Trotz der zahlreichen zusätzlichen Ausgaben in Milliardenhöhe senkt Schwarz-Rot die Investitionen im kommenden Jahr um knapp eine Milliarde Euro. In den kommenden Jahren soll die Investitionsquote auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau von unter 11 Prozent verharren. Wir leben in einer Zeit eines tiefgreifenden Umbruchs durch die rasante Verbreitung neuer Technologien, die unser Leben nachhaltig verändern. Der Ansatz der Großen Koalition, konsumtive Ausgaben hochzufahren und die Investitionen zu vernachlässigen, ist keine passende Antwort auf diesen Umbruch. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung zu einer nachhaltigen Haushaltspolitik mit Schwerpunktsetzungen auf zukunftsbezogene Investitionen und zum Setzen dringend notwendiger Impulse auf, um unseren heutigen Wohlstand und unsere internationale Wettbewerbsfähig für die Zukunft zu sichern.

Schattenhaushalt

Die Koalition hat mit der Asylrücklage ein Überlaufbecken für nicht benötigte Steuergelder zum Jahresende geschaffen, die sie seit 2015 dort anspart. Mittlerweile befinden sich 24 Milliarden Euro in dieser Rücklage und aufgrund der langen Zeit der vorläufigen Haushaltsführung in diesem Jahr wird sie zum Ende des Jahres noch weiter anwachsen. Damit hat sich diese Koalition für die Zukunft eine zusätzliche Kreditmöglichkeit geschaffen - und das an der Schuldenbremse vorbei. Um ab dem kommenden Jahr die Finanzierungsdefizite im Bundeshaushalt, die Folge ihrer zukunftsvergessenen Ausgabenpolitik sein werden, auszugleichen zu können, plant sie schon heute den Griff in diesen Schattenhaushalt. Der Deutsche Bundestag lehnt die von der Koalition angestrebte Fortschreibung des Schattenhaushalts der Asyl- und Flüchltingsrücklage aus Gründen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ab. Stattdessen müssen diese Mittel in die Tilgung von Altschulden gesteckt und zukünftige Haushalte transparent und solide aufgestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den in den Beratungen des Haushaltsausschusses in konkreten Anträgen aufgezeigten Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur zu befriedigen;
2. das in den Beratungen des Haushaltsausschusses in konkreten Anträgen aufgezeigte Konsolidierungsvolumen durch entsprechende Bewirtschaftung der Haushaltsansätze zu realisieren;
3. das in den Beratungen des Haushaltsausschusses in konkreten Anträgen aufgezeigte Privatisierungsvolumen durch Veräußerung von Anteilen an der Deutschen Telekom AG, der Deutschen Post AG und der DB Schenker AG zu realisieren und in die digitale Infrastruktur zu investieren;
4. alle im Bundeshaushalt gebildeten Schattenhaushalte aufzulösen und die freiwerdenden Mittel zur Schuldentilgung zu verwenden;

Berlin, den 19. November 2018

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.